

Zwischen Autonomie und Auftrag: Spezifika und Dilemmata der Produktion wissenschaftlichen Wissens in Forschungseinrichtungen mit Politikberatungsaufgaben

(Abstract für die Jahrestagung der GWTF am 29./30.11.13 in Berlin)

In der Bundesrepublik Deutschland wird ein nicht unerheblicher Anteil an Forschungsaufgaben, die sich erstens durch gesellschaftliche Relevanz und zweitens durch Ressourcenintensität (Personal, Forschungsinfrastruktur) auszeichnen, in außeruniversitären Forschungseinrichtungen mit politikberatender Funktion durchgeführt. Dies sind neben Ressortforschungseinrichtungen vor allem Einrichtungen der Leibniz-Gemeinschaft, der Helmholtz-Gemeinschaft und andere Organisationen, die in der Regel von Bund und Ländern gemeinsam gefördert werden (z. B. die HIS GmbH).

Typisch für die Forschungsaktivitäten in diesen Einrichtungen ist der Umstand, dass das normative Leitbild der Governance von Wissenschaft – Autonomie im Sinne von Selbststeuerung – in vielfältiger Weise von außerwissenschaftlichen Steuerungsimpulsen überlagert wird. Dies reicht von der Definition der Forschungsaufgaben und -prioritäten über die Formen der Qualitätssicherung im Forschungsprozess, der Exklusivität bei der Nutzung von Forschungsprimärdaten bis hin zur Entscheidung über die Publizität von Forschungsergebnissen und Beratungsleistungen.

Bis in die 1990er Jahre hinein wurde diese Form der Produktion wissenschaftlichen Wissens kaum hinterfragt; heute ist die Frage nach dem Zusammenhang von „gebremster“ wissenschaftlicher Autonomie in solchen Einrichtungen mit der Qualität ihrer Beratungsleistungen virulent. Dies lässt sich auf drei Entwicklungen zurückführen, die unmittelbar miteinander verknüpft sind:

- 1) Der Trend zur „Wissensgesellschaft“ erweist sich als Treiber für einen zunehmenden Bedarf an wissenschaftlich fundierter, so genannter „evidenzbasierter“ Politikberatung.
- 2) Das politische Interesse an „evidenzbasierter Politikberatung“ drückt sich als Sorge um die wissenschaftliche Qualität von Forschungsdaten sowie der Qualität von Methoden ihrer Erhebung und Auswertung aus – nicht zuletzt befeuert von internationalen Vergleichen und Rankings, die für die politische Legitimation nationalen Gestaltungshandelns zunehmend relevant werden.

- 3) Zweifel wurden laut, ob die bisherige Governance der außeruniversitären Forschungseinrichtungen mit Politikberatungsaufgaben eine Aufgabenwahrnehmung erlaubt, die wissenschaftlichen Qualitätsstandards genügt.

Hieran ansetzend, wird der Beitrag zunächst die Systemlogiken von Politik (Macht und Legitimation) und Wissenschaft (autonomer Wettbewerb von Forschungsthemen und Wahrheitsansprüchen) kontrastieren. Hieraus werden legitime politische Erwartungen an die Wissenschaft auf die Erbringung von Beratungsleistungen abgeleitet, die nicht zuletzt in der Institutionalisierung hierauf spezialisierter Organisationen ihren Ausdruck finden. Daran anschließend wird diskutiert, welche Autonomiegefährdungen der Wissenschaft im Beratungsprozess entstehen und durch welche Vorkehrungen Autonomie – insbesondere in den außeruniversitären Forschungseinrichtungen mit Politikberatungsaufgaben – gesichert bzw. wieder zurückgewonnen werden kann.